

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bärbel Kofler, Dr. Sascha Raabe, Lothar Binding (Heidelberg), Dr. h.c. Gernot Erler, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Dr. Barbara Hendricks, Petra Hinz, Christel Humme, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Caren Marks, Thomas Oppermann, Stefan Rebmann, Sönke Rix, Karin Roth, Frank Schwabe, Wolfgang Tiefensee, Manfred Zöllmer, Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion der SPD

Weltwärts – Ein Freiwilligendienst mit Zukunft

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Evaluierung des entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“, der im Jahr 2007 durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingerichtet wurde, ist positiv und spricht für eine Fortsetzung des Programms. Die Evaluierung des Dienstes war wie vorgesehen nach der dreijährigen Einführungsphase von „Weltwärts“ Ende des Jahres 2010 durchgeführt worden und liegt dem Parlament seit dem 7. Dezember 2011 in einer Kurzfassung vor.

Seit 2008 sind durch den Weltwärts-Dienst insgesamt 10.178 junge Freiwillige entsandt worden. Davon reisten 22 Prozent im Jahr 2008 aus, weitere 35 Prozent im Jahr 2009 und 43 Prozent im Jahr 2010. Zur Zeit sind 241 Entsendeorganisationen zur Durchführung des Weltwärts-Dienstes anerkannt.

In den Jahren 2008 bis 2010 wurden seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt 84 Millionen Euro für den Weltwärts-Dienst zur Verfügung gestellt. Zu Beginn des Weltwärts-Freiwilligendienstes waren im Jahr 2008 zur Durchführung des Dienstes 25 Millionen Euro vorgesehen, für das Jahre 2009 wuchsen die Mittel auf 30 Millionen auf und sollten im Jahr 2010 auf 40 Millionen Euro erhöht werden. Die jetzige Bundesregierung stellte aber im Jahr 2010 trotz steigender Zahl der Bewerbungen nur 29 Millionen Euro bereit. Gleichzeitig garantierte sie den angenommenen Bewerberinnen und Bewerbern die Teilnahme an Weltwärts, was zu einer um zehn Prozent gestiegenen Zahl Freiwilliger führte. Folge war, dass die Entsendeorganisationen selbst mehr Eigenmittel einsetzen mussten, um die Nachfrage zu decken. Auch im Haushaltsjahr 2011 stellte die Bundesregierung lediglich 30 Millionen Euro zur Verfügung. Dies schränkte im Jahr 2011 trotz weiter wachsender Nachfrage die finanzielle Entsendekapazität der Organisationen erneut stark ein. Waren es im Jahr 2010 noch 4377 junge Freiwillige, die entsendet werden konnten, so sank deren Zahl im Jahr 2011 auf nur 3050 Freiwillige, sogar etwa 500 junge Menschen weniger als 2009. Auch für 2012 ist von der Bundesregierung wieder zu wenig Geld eingeplant, um die interessierten jungen Menschen zu entsenden.

Diese aufgrund der Mittelkürzungen rückläufige Entwicklung steht nun in klarem Widerspruch zu den Ergebnissen der Evaluierung. Die Evaluierung empfiehlt eine Weiterentwicklung des Programms, eine Schärfung des Profils als entwicklungspolitischer Freiwilligendienst, gezielte Maßnahmen zur Einbeziehung bisher nicht erreichter Zielgruppen, eine bessere Abstimmung der zuständigen Bundesressorts zu den Freiwilligendiensten und Maßnahmen zur Qualitätssicherung des Programms.

Die Evaluierung zeigt deutlich, dass der Freiwilligendienst dem Bedürfnis junger Menschen an entwicklungspolitischem Engagement gerecht wird und einen wichtigen Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildungsarbeit leistet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die in der Evaluierung vorgesehenen Empfehlungen so schnell wie möglich umzusetzen und die hierzu eingerichteten Arbeitsgruppen umgehend in die Lage zu versetzen, entsprechend den Empfehlungen ihre Arbeit aufzunehmen;
2. die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vor der Sommerpause 2012 zu präsentieren;
3. aufgrund der guten Evaluierungsergebnisse den Mittelansatz für das Haushaltsjahr 2012 durch Umschichtungen im Etat zu erhöhen;
4. bereits im Haushalt 2013 die in der Kurzfassung der Evaluierung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgeschlagene Mittelerhöhung auf 70 Millionen Euro vorzunehmen;
5. eine langfristige Finanzierung des Freiwilligendienstes vorzusehen, so dass die Entsendeorganisationen Planungssicherheit haben;
6. entsprechend des Ergebnisses der Evaluation zukünftig ein stärkeres Gewicht auf die Entsendung junger Menschen ohne Abitur oder Hochschulabschluss, aber mit beruflicher Qualifikation, zu legen und nötige Anstrengungen gemeinsam mit den Entsendeorganisationen zu unternehmen;
7. den Freiwilligendienst weiterzuentwickeln, so dass nicht nur eine Entsendung deutscher Freiwilliger zu Partnerorganisationen in Entwicklungsländer möglich ist, sondern auch im Gegenzug junge Freiwillige der ausländischen Partnerorganisationen in Deutschland einen Dienst leisten können;
8. Sorge dafür zu tragen, dass entsprechende Visaregelungen für die ausländischen Weltwärts-Freiwilligen vorgesehen werden.

Berlin, den 29. Februar 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion